Zeitschrift für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften (ZWS) 107 (1987), S. 225 - 242
Duncker & Humblot, Berlin 41

Die Rolle der Regierungen in Schuldner- und Gläubigerländern bei der Überwindung von Verschuldungsproblemen in der Dritten Welt

Von Peter Nunnenkamp

Seit Anfang der achtziger Jahre wird vielfach ein verstärktes staatliches Engagement gefordert, um die Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer zu bekämpfen. In diesem Beitrag wird die These vertreten, daß die Rolle staatlicher Stellen, wie sie etwa im sogenannten Baker-Plan festgelegt wird, schwerwiegende „moral hazard"-Probleme aufwirft. Auf der Grundlage einer Analyse wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen in der Vergangenheit werden alternative Empfehlungen entwikkelt, welche Aufgaben die Regierungen in den Schuldner- und den Gläubigerländern übernehmen müssen, um die Aufbringungs- und Transferprobleme beim Schuldendienst hochverschuldeter Entwicklungsländer dauerhaft zu überwinden.

1. Einleitung

Eine dauerhafte Lösung der Schuldenprobleme in vielen Entwicklungsländern ist auch mehr als vier Jahre nach Ausbruch der Krise noch nicht in Sicht. Die Gemeinsamkeiten der beteiligten Parteien gehen kaum über Gemeinplätze hinaus. So wird immer wieder eine zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern koordinierte Strategie gefordert, aber es gibt keine Einigkeit, was darunter zu verstehen ist. Den Entwicklungsländern dient die Formel der koordinierten Strategie hauptsächlich dazu, von den Regierungen der Gläubigerstaaten finanzielle Hilfe einzuklagen. Die konkreten Begründungen hierfür haben sich im Zeitablauf gewandelt. Vor wenigen Jahren waren es noch die drastisch gestiegenen Ölpreise, die neben anderen nachteiligen Weltmarktentwicklungen herangezogen wurden, um Sofortprogramme in Form eines nachhaltig aufgestockten Ressourcentransfers zu fordern. Heute ist es der Ölpreisverfall, der beispielsweise den mexikanischen Finanzminister veranlaßt, von den Industriestaaten zu verlangen, daß diese zumindest einen Teil der eingesparten Ölimportausgaben an die hochverschuldeten Ölförderstaaten übertragen[1]. Nun ist es ohne Zweifel richtig, daß die fallenden Ölpreise die Zahlungsbilanzprobleme von Ländern wie Mexiko, Venezuela und Nigeria erheblich verschärfen. Es wird jedoch oft-

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 4. 1986.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mals außer acht gelassen, daß diese Ölförderstaaten bereits am Anfang der achtziger Jahre zu der Gruppe wichtiger Schuldnerländer gehörten, die erhebliche Rückzahlungsprobleme hatten, obwohl sie kurz zuvor von drastisch gestiegenen Ölpreisen profitiert hatten[2]. Es erscheint deshalb kaum erfolgversprechend und ausreichend zu sein, lediglich die Auswirkungen negativer externer Schocks auf die Leistungsbilanz der Entwicklungsländer durch finanzielle Hilfe von außen auszugleichen. Vielmehr deutet einiges darauf hin, daß der heimischen Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer eine zentrale Bedeutung dabei zukommt, Verschuldungsprobleme zu vermeiden.

Im folgenden wird deshalb zunächst diskutiert, welche Rolle die Regierungen der Schuldnerländer zu übernehmen hätten, damit das Stadium des „Durchwurstelns" bei der Überwindung von Verschuldungsproblemen endlich verlassen und stattdessen die Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten wirksam bekämpft werden. Um Empfehlungen für eine wirtschaftspolitische Umorientierung geben zu können, ist es erforderlich, zuvor auf die Fehlentwicklungen einzugehen, die maßgeblich zur Entstehung der Schwierigkeiten beigetragen haben.

Im weiteren Verlauf dieses Beitrags geht es darum aufzuzeigen, welchen Beitrag die Gläubigerstaaten zur Überwindung der Schuldenkrise leisten können. Zwar ist es inzwischen kaum noch umstritten, daß auch die Industrieländer Verantwortung dafür tragen, daß gegenwärtige Schuldenprobleme entschärft und neue Krisen verhindert werden können. Offen ist aber, welche Maßnahmen die westlichen Regierungen ergreifen und was sie unterlassen sollten. Am Beispiel des sogenannten Baker-Plans läßt sich verdeutlichen, was die Industriestaaten unter der auch von ihnen benutzten Formel der koordinierten Strategie verstehen. Diese vom amerikanischen Finanzminister Baker im Oktober 1985 vorgestellte Initiative wird auf Gläubigerseite überwiegend positiv eingeschätzt[3]. Sie umfaßt neben der Forderung an die Entwicklungsländer, wirksame Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, zwei weitere Elemente:

— Die westlichen Geschäftsbanken werden gedrängt, den Entwicklungsländern mit den größten Zahlungsproblemen zusätzliche Kredite einzuräumen.

— Die internationalen Finanzierungsinstitutionen (insbesondere die Weltbank) sollen ihr Kreditvolumen merklich ausweiten.

In diesem Beitrag wird die These vertreten, daß der Baker-Plan entgegen der vorherrschenden Meinung erhebliche Risiken in sich birgt und es eher erschwert als erleichtert, daß der Ressourcentransfer zwischen Industrie-

---

[2] Vgl. beispielsweise *Sepúlveda* (1985).

[3] Für die Bundesrepublik vgl. z.B. *Blessing* (1985), *Tietmeyer* (1985), *Gutowski* (1986).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Entwicklungsländern längerfristig auf eine solide, d.h. volkswirtschaftlich effiziente Basis gestellt wird. Insbesondere soll gezeigt werden, daß auch dieser Ansatz lediglich an den Symptomen der Schuldenkrise kuriert. Es gilt deshalb, alternative Wege zu skizzieren, wie die Industrieländer zu einer wirksamen und umfassenden Ursachentherapie beitragen können.

Abschließend werden die Aussichten abgeschätzt, daß bei einer effizienten Aufgabenverteilung zwischen den Regierungen von Schuldner- und Gläubigerländern bei der Überwindung der Verschuldungsprobleme auch die westlichen Geschäftsbanken ihre Rolle im internationalen Ressourcentransfer wieder übernehmen, indem sie den Entwicklungsländern *auf freiwilliger Basis* weitere Kredite einräumen.

2. Die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer als Ursache von Verschuldungsproblemen

In der Diskussion über die verbreiteten Schuldendienstprobleme am Anfang der achtziger Jahre blieb die in den Entwicklungsländern verfolgte Wirtschaftspolitik zunächst weitgehend unberücksichtigt. Hierfür waren nicht zuletzt solche Untersuchungen verantwortlich, die die drastische Zunahme der Auslandsverschuldung der Dritten Welt in den siebziger und frühen achtziger Jahren unbesehen negativen externen Schocks zurechneten. Der hypothetische Leistungsbilanzeinfluß von Ölpreiserhöhungen, Weltrezession und gestiegenen internationalen Zinssätzen wurde der Neuverschuldung der betroffenen Länder gegenübergestellt, ohne ins Kalkül zu ziehen, daß es nur eine von mehreren Reaktionsmöglichkeiten war, sich angesichts externer Schocks höher als geplant zu verschulden[4]. Auf diese Weise konnte nicht erklärt werden, warum Länder wie Venezuela und Nigeria, die per Saldo von exogenen Weltmarkteinflüssen begünstigt wurden, dennoch nicht in der Lage waren, ihre Auslandsschulden zu bedienen. Ferner blieb offen, warum beispielsweise Argentinien, Brasilien und Mexiko zu den wichtigsten Problemschuldnern zählten, obwohl die durch externe Schocks verursachten relativen Anpassungslasten für sie geringer waren als für Länder wie Südkorea und Thailand, die weiterhin zahlungsfähig blieben[5].

Offensichtlich waren die Entwicklungsländer in unterschiedlichem Maße erfolgreich darin, ihre Volkswirtschaften an die verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Insbesondere die gegensätzlichen Erfahrungen der lateinamerikanischen Staaten einerseits, von denen

[4] Vgl. z.B. *Cline* (1985).

[5] Zur Berechnung der Leistungsbilanzwirkungen externer Schocks vgl. *Nunnenkamp* (1985a); vgl. auch *Sachs* (1985).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die meisten sich als zahlungsunfähig erwiesen, und der ostasiatischen Entwicklungsländer andererseits, die (von den Philippinen abgesehen) keine größeren Schuldendienstprobleme hatten, obwohl sie teilweise auch hoch verschuldet waren, regten vergleichende Untersuchungen der jeweils verfolgten Wirtschaftspolitik an[6].

Dabei hat sich vor allem die relativ starke Weltmarktorientierung der ostasiatischen Entwicklungsländer als vorteilhaft herausgestellt. Zwar erhöhte diese Offenheit die Abhängigkeit dieser Staaten von der Nachfrageentwicklung insbesondere in den Industrieländern. Schwerer wog jedoch, daß ein international wettbewerbsfähiges Exportangebot die Anpassung an verschlechterte äußere Rahmenbedingungen erleichterte und auf diese Weise die durch Auslandskredite zu finanzierenden Leistungsbilanzdefizite begrenzt werden konnten. Die Einbindung in den internationalen Wettbewerb begünstigte es, daß sich die Industrialisierung gemäß der komparativen Kostenvorteile dieser Länder vollzog. Diese Strategie bot Anreize für Investitionen, deren Rendite die an das Ausland zu zahlenden Kreditzinsen überstieg, und war deshalb geeignet, späteren Schuldendienstproblemen vorzubauen.

Die Vorteilhaftigkeit einer Integration der nationalen Volkswirtschaft in den Weltmarkt im Hinblick auf die Verhinderung oder Bewältigung von Zahlungsschwierigkeiten fand jüngst weitere Bestätigung[7]. Es wurde nachgewiesen, daß wachstumsfördernde Außenhandelspolitiken weltmarktorientierter Entwicklungsländer der Gefahr von Überschuldung wirksam vorbeugten. Dagegen wurde die notwendige Anpassung in den binnenmarktorientierten Volkswirtschaften der Dritten Welt durch eine kräftig ausgeweitete Aufnahme von Auslandskrediten zunächst verschoben. Als der Strom der Kapitalimporte am Anfang der achtziger Jahre verebbte, wurden vor allem in den wichtigen lateinamerikanischen Schuldnerländern deflationäre Maßnahmen ergriffen und die Importe drastisch zurückgeschnitten. Dadurch, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den binnenmarktorientierten Ländern beträchtlich hinter den Zuwachsraten der weltmarktorientierten Volkswirtschaften zurückblieb, wurde die Bedienung der Auslandsschulden zusätzlich erschwert, und die internationale Kreditwürdigkeit nahm weiter ab.

Neben der Außenhandelspolitik hat auch die Wirtschaftspolitik in anderen Bereichen maßgeblich darüber mitbestimmt, ob ein Schuldner zahlungsfähig blieb oder nicht. So läßt sich ein positiver Zusammenhang zwischen hohen und wachsenden öffentlichen Haushaltsdefiziten einerseits sowie Leistungsbilanzdefiziten und zunehmenden Schuldenlasten anderer-

---

[6] Vgl. z.B. *Sachs* (1985); *Nunnenkamp* (1985b).

[7] *Balassa* (1984).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seits feststellen[8]. Ferner waren dort, wo staatliche Eingriffe in die marktmäßige Preisbildung auf Faktor- und Gütermärkten sowie im Bereich der Wechselkurse besonders umfangreich und tiefgreifend waren, die Exportzuwachsraten vergleichsweise gering und die Wahrscheinlichkeit für Schuldendienstprobleme besonders hoch[9].

Eine genauere Analyse der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen „performance" von zehn Entwicklungsländern mit schwerwiegenden Schuldendienstschwierigkeiten („Problemschuldner") auf der einen Seite und acht Ländern ohne größere Zahlungsprobleme auf der anderen Seite bestätigt, daß den Regierungen der Entwicklungsländer eine entscheidende Rolle dabei zukommt, Verschuldungskrisen zu vermeiden[10]. Wenn man die Untersuchungsländer im Hinblick auf den Erfolg oder Mißerfolg von Anpassungsmaßnahmen in der Periode 1974 - 82 ordnet, indem Rangplätze für elf verschiedene Indikatoren vergeben werden, fallen insbesondere die folgenden Unterschiede auf (Tabelle 1)[11]:

— Die Gruppe der weiterhin zahlungsfähigen Länder konnte die Importe deutlich stärker zurückdrängen als die Schuldner mit Zahlungsproblemen. Gleichzeitig waren es insbesondere weltmarktorientierte Entwicklungsländer ohne drängende Schuldenprobleme wie Südkorea und Thailand, die ihre Deviseneinnahmen durch Exportausweitung steigern konnten.

— Die Nicht-Problemschuldner wiesen im Durchschnitt eine geringere Staatsquote auf als die Vergleichsgruppe. Noch wichtiger erscheint es, daß sie sich nach 1973 deutlich stärker bemüht haben, Haushaltsdefizite abzubauen und auf diese Weise den Zuwachs der Verschuldung zu begrenzen.

---

[8] *Zaidi* (1985), *World Bank* (1985), 62.

[9] *World Bank* (1985), 54 f.

[10] Die Einordnung der Untersuchungsländer in „Problemschuldner" und „Nicht-Problemschuldner" beruht auf einer umfassenden Untersuchung und Bewertung verschiedener Erscheinungsformen von Verschuldungsproblemen; berücksichtigt wurden u. a.: Rückzahlungsausfälle und -rückstände; Schuldenmoratorien; Umschuldungen; Schwierigkeiten, neue Kredite zu erhalten; verschärfte Kreditbedingungen; Beistandsverhandlungen mit multilateralen Organisationen; vgl. ausführlich *Nunnenkamp* (1986b), 37 - 50.

[11] Die Kennziffern beziehen sich zum einen auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Aktionsparameter der Regierungen in den Schuldnerländern (z. B. im Bereich der Haushalts- und Wechselkurspolitik) und spiegeln zum anderen die wirtschaftliche „performance" dieser Länder in wesentlichen Bereichen wider (z. B. im Außenhandel, bei der Verteilung des Bruttosozialprodukts auf Konsum und Investitionen sowie im Hinblick auf Geldwertstabilität und gesamtwirtschaftliches Wachstum). Die letzte Spalte von Tabelle 1 faßt alle Indikatoren zusammen und bietet deshalb ein umfassenderes Bild von der Wirtschaftspolitik und der daraus resultierenden „performance" eines Landes. Die durchschnittlichen Rangziffern in den letzten beiden Zeilen von Tabelle 1 geben Anhaltspunkte darüber, ob und in welchem Maße sich Wirtschaftspolitik und „performance" zwischen Ländern mit und ohne größere Verschuldungsprobleme unterschieden haben.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1: **Kennziffern zur nationalen Wirtschaftspolitik sowie zur wirtschaftlichen „performance": Rangfolgen ausgewählter Entwicklungsländer[a)]**

	Importdrosselung[b)]	Exportausweitung[c)]	Staatsquote[d)]	Öffentliches Haushaltsdefizit[e)]	Veränderung des öffentl. Haushaltsdefizits[f)]	Investitionsquote[g)]	Veränderung der Investitionsquote[h)]	Inflationsrate[i)]	Reale Wechselkursentwicklung[j)]	Schwankung des realen Wechselkurses[k)]	Gesamtwirtschaftliches Wachstum[l)]	Durchschnittliche Rangposition
Ägypten	17	16	n.v.	n.v.	n.v.	16	1	5	2	14	1	9,0
Argentinien*	14	6	9	14	14	5	7	18	9	18	17	11,9
Brasilien*	5	5	1	2	5	10	17	16	4	9	8	7,5
Chile*	11	4	14	3	1	18	16	17	1	16	15	10,5
Elfenbeinküste	10	12	n.v.	n.v.	n.v.	6	9	6	15	7	7	9,0
Indien	12	10	2	13	10	17	10,5	2	3	3,5	13	8,7
Indonesien	7	9	10	8	3	14	4	8,5	16	15	4	9,0
Jugoslawien*	4	13	11	6	6	1	13	11	12	6	10	8,5
Kolumbien	13	14	3	4	2	13	15	12,5	14	5	11	9,7
Malaysia	6	11	15	16	16	3	5	1	5	8	3	8,1
Mexiko*	16	2	4	12	11	12	12	12,5	7	12	6	9,7
Nigeria*	18	15	8	1	7	7	2	8,5	17	11	16	10,0
Philippinen*	8	7	5	5	12,5	11	3	7	13	10	9	8,2
Südkorea	1	1	6	9	9	4	6	10	10	3,5	2	5,6
Thailand	3	3	7	11	4	8	14	3	8	1	5	6,1
Türkei*	9	8	12	10	8	15	10,5	14	11	13	12	11,1
Venezuela*	15	18	13	7	12,5	2	8	4	6	2	14	9,2
Zaire*	2	17	16	15	15	9	18	15	18	17	18	14,5
Durchschnittliche Rangposition:												
Problemschuldner[m)]	10,2	9,5	9,3	7,5	9,2	9,0	10,7	12,3	9,8	11,4	12,5	10,1
Nicht-Problemschuldner[n)]	8,6	9,5	7,2	10,2	7,3	10,1	8,1	6,0	9,1	7,1	5,8	8,2

* = Problemschuldner. – n.v. = nicht verfügbar.

a) Rang „1" wird jeweils an das Land vergeben, dessen Politik bzw. die daraus resultierende „performance" am besten geeignet erscheint, Verschuldungsprobleme zu vermeiden; dies gilt für das Land mit der stärksten Importdrosselung, der stärksten Exportausweitung, der geringsten Staatsquote, dem geringsten und am stärksten reduzierten Budgetdefizit, der höchsten und am stärksten erhöhten Investitionsquote, der niedrigsten Inflationsrate, der höchsten Abwertung, den geringsten Wechselkursschwankungen und dem höchsten gesamtwirtschaftlichen Wachstum. – b) Aggregierte Einschränkung der realen Importe 1974 - 82 in vH; dazu werden den tatsächlichen Importen hypothetische Importe gegenübergestellt, wobei die letzteren unter der Annahme konstanter (in der Referenzperiode 1962 - 73 beobachteter) Importnachfrageelastizitäten berechnet werden. – c) Aggregierte Ausweitung der realen Exporte 1974 - 82 in vH; den tatsächlichen Exporten werden hypothetische Exporte gegenübergestellt, wobei die letzteren unter der Annahme konstanter (in der Referenzperiode 1970 - 73 beobachteter) Weltmarktanteile berechnet werden. – d) Durchschnittlicher Anteil der Staatsausgaben an der heimischen Absorption 1970 - 82. – e) Durchschnittlicher Anteil an der heimischen Absorption 1970 - 82. – f) Veränderung in Prozentpunkten 1974 - 82 gegenüber 1970 - 73. – g) Durchschnittlicher Anteil der Bruttoinvestitionen an der heimischen Absorption 1970 - 82. – h) Veränderung in vH 1974 - 82 gegenüber 1970 - 73. – i) Durchschnitt 1973 - 82. – j) 1974 - 82 gegenüber 1970 - 73. – k) Durchschnittliche absolute Abweichung vom durchschnittlichen realen Wechselkurs 1974 - 82. – l) Durchschnittliche reale Veränderungsraten des Bruttosozialprodukts 1973 - 82. – m) Argentinien, Brasilien, Chile, Jugoslawien, Mexiko, Nigeria, Philippinen, Türkei, Venezuela und Zaire. – n) Ägypten, Elfenbeinküste, Indien, Indonesien, Kolumbien, Malaysia, Südkorea und Thailand.

Quelle: IWF, International Financial Statistics, Washington, versch. Jgg. – UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, New York 1983 – Eigene Berechnungen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— In den Ländern ohne größere Zahlungsprobleme nahm die Investitionstätigkeit nach 1973 merklich stärker zu als in den Problemländern. Dies macht deutlich, daß vor allem die erste Ländergruppe bestrebt war, externe Schocks durch Umstrukturierung und Produktionssteigerung zu überwinden.

— Die Schuldner mit Verschuldungsproblemen verzeichneten im Durchschnitt drastisch höhere Inflationsraten als die Vergleichsgruppe. Zwar versäumten es nicht nur die meisten Problemschuldner, sondern auch eine Reihe der weiterhin zahlungsfähigen Länder, wachsende Unterschiede zwischen der inländischen und der internationalen Kaufkraftentwicklung durch ausreichende Abwertungen der heimischen Währung auszugleichen[12]. Im Unterschied zur ersten Gruppe hielten sich jedoch die jährlichen Schwankungen der realen Wechselkurse in den Ländern ohne Verschuldungsprobleme in engen Grenzen. Hierdurch wurden längerfristige Produktions- und Investitionsentscheidungen sowie der Aufbau dauerhafter Außenhandelsbeziehungen erleichtert, was letztlich Zahlungsbilanzproblemen vorbeugte.

— Am deutlichsten sind die Unterschiede zwischen den beiden Ländergruppen im Hinblick auf das im Durchschnitt der Jahre 1973 - 82 erzielte gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die reale Zuwachsrate war für die Nicht-Problemschuldner mit durchschnittlich 6,5 vH mehr als doppelt so hoch wie für die Vergleichsgruppe. Hierin schlägt sich nicht zuletzt die Summe der erfolgreichen wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen an die negativen Weltmarktentwicklungen nieder.

3. Wichtige Elemente eines wirtschaftspolitischen Reformprogramms in den Problemländern

Eine günstige gesamtwirtschaftliche Wachstumsentwicklung bietet den Entwicklungsländern den besten Schutz vor zukünftigen Schwierigkeiten bei der Bedienung der Auslandsschulden. Vor allem für die Regierungen der Länder mit schwerwiegenden Zahlungsproblemen stellt sich deshalb die Aufgabe, auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzufinden und auf diese Weise die internationale Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen. Um erfolgversprechende wirtschaftspolitische Reformen in Angriff nehmen zu können, müssen die Lehren aus den Fehlentwicklungen der Vergangenheit

[12] Um die reale Wechselkursentwicklung abzuschätzen, wurden zunächst die nominalen Wechselkurse zwischen den Untersuchungsländern und ihren jeweils fünf wichtigsten Handelspartnern auf der Import- und der Exportseite berechnet (gewichtet mit den Anteilen der Handelspartner am gesamten Außenhandel des jeweiligen Untersuchungslandes). Die nominalen Werte wurden dann mit einem Index relativer Preise deflationiert, der die Preisentwicklung in den Untersuchungsländern den Preisentwicklungen in den wichtigsten Partnerländern gegenüberstellt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gezogen werden. Der wirtschaftspolitische Korrekturbedarf für einzelne Problemschuldner hängt natürlich von den besonderen Bedingungen und dem bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs des jeweiligen Landes ab. Hier können lediglich einige allgemeine Richtlinien für ein Reformprogramm entwickelt werden[13].

Wichtig ist es zunächst, daß die Regierungen in den Problemländern die Gründe dafür erkennen, daß die bisherigen Anpassungsprogramme weitgehend gescheitert sind. Insbesondere in den lateinamerikanischen Schuldnerländern sind wirtschaftspolitische Korrekturmaßnahmen immer noch nahezu ausschließlich darauf gerichtet, akute Funktionsstörungen kurzfristig zu „beheben" und lediglich die Symptome der Verschuldungsprobleme zu bekämpfen. Preisstops angesichts von Hyperinflationen in Argentinien und Brasilien verkennen zum Beispiel, daß auf diese Weise bereits auf mittlere Sicht neue, noch schwerwiegendere Funktionsstörungen ausgelöst werden: Die Preisreglementierung bewirkt, daß die Produzenten ihr Angebot zurückhalten, nach Umgehungsmöglichkeiten suchen und diese nicht zuletzt auf grauen und schwarzen Märkten finden. Kurzfristige „Sanierungen" der öffentlichen Haushalte über Steuererhöhungen blähen den Staatssektor weiter auf, entmutigen privatwirtschaftliche produktive Aktivitäten immer mehr und beeinträchtigen deshalb schon wenig später die Chancen eines stetigen Wirtschaftswachstums.

Auch im Bereich der Außenhandelspolitik sind bisher vor allem in Lateinamerika vorwiegend auf kurzfristige Zahlungsbilanzeffekte ausgerichtete Schwerpunkte gesetzt worden[14]. Der spektakuläre Abbau der Leistungsbilanzdefizite für die sieben wichtigsten Schuldner dieser Region ging fast ausschließlich auf drastische Importkürzungen zurück; die Einfuhren dieser Länder schrumpften von über 80 Mrd. US-$ (1981) auf nur noch 45 Mrd. US-$ (1984). Eine derartige Politik ist bereits auf mittlere Sicht nicht durchzuhalten. Schuldendienstprobleme werden nur von einem zum anderen Land verschoben, wenn ein Hauptschuldnerland in Lateinamerika seine Importe nachhaltig zurückschneidet, da die Handelsbeziehungen innerhalb dieser Region traditionell recht intensiv sind. Wachstumschancen werden zunichtegemacht, statt neue zu eröffnen, vor allem, wenn – wie in Lateinamerika geschehen – die Beschränkung der inländischen Absorption hauptsächlich die Investitionen trifft[15].

Selbst wenn es in der ersten Phase der Umschuldungen in den Jahren 1982/83 unabweisbar war, sofort wirksame deflationäre Maßnahmen zu

---

[13] Vgl. ausführlicher *Hiemenz* (1985); ein länderspezifisches Reformprogramm für Argentinien ist in *Fischer / Hiemenz / Trapp* (1984) entwickelt worden.

[14] *Inter-American Development Bank* (1985).

[15] In den sieben lateinamerikanischen Hauptschuldnerländern (Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Venezuela) sank die Investitionsquote im Zeitraum 1981 - 84 um durchschnittlich sieben Prozentpunkte auf nur noch 18 vH.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ergreifen und hohe Leistungsbilanzdefizite zu reduzieren, so hätte doch die gewonnene Zeit genutzt werden müssen, die notwendige Umstrukturierung der nationalen Volkswirtschaften im Dienste eines stetigen Wachstums einzuleiten. Die Ergänzung des kurzfristigen Krisenmanagements durch eine längerfristig wirksame Ursachentherapie steht in den meisten Hauptschuldnerländern Lateinamerikas immer noch aus, obwohl inzwischen deutlich geworden ist, daß die Beseitigung akuter Funktionsstörungen allein nicht ausreicht, Verschuldungsprobleme dauerhaft zu überwinden.

Ein zweiter wichtiger Grund für das Scheitern von wirtschaftspolitischen Reformprogrammen in der Vergangenheit kann in fehlender Konsistenz der verfolgten Politik gesehen werden. Dies gilt beispielsweise für die früheren partiellen Liberalisierungsversuche in Argentinien, Chile und Uruguay, die sämtlich in einer schweren wirtschaftlichen Rezession endeten[16]. Dort hatte man zwar in Teilbereichen wie im Außenhandel und im Kapitalverkehr größere Freizügigkeit zugelassen, gleichzeitig aber die Interventionspolitik in anderen wichtigen Bereichen beibehalten. Dies gilt insbesondere für die verfehlte Wechselkurspolitik, die keine rechtzeitigen und ausreichenden Abwertungen zuließ, und die hohen Staatsdefizite, die die Inflation weiter anheizten.

Die erwähnten Erfahrungen unterstreichen zweierlei: Zum einen müssen die Regierungen der Schuldnerländer das kurzfristige Krisenmanagement frühzeitig um eine längerfristige und wachstumsorientierte Strategie ergänzen, statt nur auf einen kurzfristigen Zahlungsbilanzausgleich aus zu sein. Zum anderen müssen die Reformmaßnahmen alle wichtigen Politikbereiche einbeziehen und aufeinander abgestimmt sein. Um die gesamtwirtschaftlichen Angebotskräfte der Schuldnerländer zu stärken, geht es vor allem um einen Abbau der inflationssteigernden Defizite des Staatshaushalts, eine Öffnung der Binnenmärkte (verbunden mit einer Verminderung der wirtschaftspolitisch induzierten Benachteiligung der Exporte) sowie eine Korrektur der Wechselkurs- und Zinspolitik:

- Eine schrittweise und im voraus angekündigte Liberalisierung der Importpolitik erhöht den Konkurrenzdruck auf die heimische Wirtschaft und damit ihre Effizienz. Sie hilft, die verbreitete Diskriminierung potentieller Exporteure abzubauen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit weltmarktorientierter Produzenten wird vor allem dann verbessert, wenn die Erlaubnis, wichtige intermediäre Güter und Kapitalgüter einzuführen, vorhandene Engpässe in der heimischen Vorleistungsproduktion beseitigt.
- Die Exportkraft der Schuldnerländer wird weiter gestärkt, wenn internationale Inflationsdifferenzen rechtzeitig über ausreichende Abwertungen

[16] Vgl. z.B. *Sjaastad* (1983).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ausgeglichen werden. Flexible Wechselkurse werden dem am ehesten gerecht. Zumindest ist eine Stufenflexibilität etwa durch ein „crawling peg"-System sicherzustellen.

- Verbleibende Leistungsbilanzdefizite sollten möglichst über ausländische Direktinvestitionen finanziert werden, da Risiken dann in stärkerem Maße von ausländischen Kapitaleignern mitgetragen werden. Die Regierungen der Schuldnerländer müssen verbesserte Anreize und vor allem Sicherheiten für Direktinvestitionen schaffen.

- In Ländern mit galoppierender Geldentwertung gilt es, Inflationsmentalitäten zu brechen, um zur Korrektur vielfältiger Preisverzerrungen beizutragen, die Sparneigung zu erhöhen, die Kapitalflucht ins Ausland einzudämmen und produktive Investitionen zu ermutigen. Um die Inflation von ihren Ursachen her zu bekämpfen, müssen staatliche Budgetdefizite abgebaut werden.

- Unproduktive Aktivitäten des Staates sollten zurückgeschnitten werden, damit die Mittel für produktive private Verwendungen frei werden und sich die Anreize für „rent-seeking" verringern.

- Die Funktionsfähigkeit der heimischen Kapitalmärkte muß verbessert oder wiederhergestellt werden, um vermehrt inländisches Sparkapital zu mobilisieren und auf Kreditrationierungen verzichten zu können. Hierzu ist es ganz besonders wichtig, daß die Regierungen der Schuldnerländer es unterlassen, durch staatliche Interventionen auf den Kapitalmärkten die Zinssätze künstlich niedrig zu halten.

Eine derartige Strategie verspricht auf längerfristige Sicht kräftige positive Impulse für Wirtschaftswachstum und Schuldendienstfähigkeit. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß die vorgeschlagenen Reformen kurzfristig erhebliche Anpassungslasten verursachen können. Rezessive Effekte in der Anlaufphase von Reformen können vermutlich durch einen geschickten „Anpassungsfahrplan" entscheidend abgemildert werden. Hierbei geht es darum, wie schnell und in welcher Sequenz wirtschaftspolitische Reformen durchgeführt und wie die Anpassungslasten verteilt werden. Ein solcher Fahrplan kann natürlich nicht für alle Schuldnerländer gleich aussehen, sondern muß auf die vorhandenen Verzerrungen in den einzelnen Ländern abgestimmt werden. Nicht zu bezweifeln ist es auch, daß sich von Land zu Land unterschiedlich starke politische Durchsetzungsprobleme stellen. Die Erfahrungen, die in Industrieländern etwa bei der Begrenzung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt gewonnen wurden, verdeutlichen die vielfältigen Widerstände mächtiger Interessengruppen, die oftmals gesamtwirtschaftlich sinnvolle Anpassungsmaßnahmen erfolgreich verhindert haben. Derartige Durchsetzungsprobleme könnten vor allem in politisch eher instabilen Entwicklungsländern noch schwieriger zu überwinden sein. So

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheint zum Beispiel in Lateinamerika eine effizienzsteigernde Politik in Richtung auf Marktöffnung, stärkere Weltmarktorientierung und realistische Wechselkurse häufig an den Interessen gut organisierter Bevölkerungsgruppen gescheitert zu sein[17]. Es gilt deshalb zum einen, Konstellationen von Interessengruppen zu identifizieren und zu fördern, die eine gesamtwirtschaftlich effiziente Wirtschaftspolitik möglichst wenig behindern. Zum anderen ist es erforderlich, daß die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen, statt immer wieder von den Schuldnerländern tiefgreifende Strukturreformen zu fordern, die sie im eigenen Bereich für politisch nicht durchsetzbar erklären.

4. Der Baker-Plan: Ein wirksamer Beitrag der Gläubigerländer zur Überwindung von Verschuldungskrisen?

Die Bedeutung wachstumsorientierter Reformen in den Schuldnerstaaten für die Überwindung von Verschuldungskrisen ist in letzter Zeit stärker als noch am Anfang der achtziger Jahre erkannt worden. Allerdings scheint sich diese Erkenntnis bisher am wenigsten dort durchgesetzt zu haben, wo Reformprogramme am dringendsten erforderlich wären, wie etwa in den lateinamerikanischen Hauptschuldnerländern. Die Regierungen der Gläubigerstaaten versuchen deshalb in zunehmendem Maße, die Entwicklungsländer mit Verschuldungsproblemen zu wirtschaftspolitischen Korrekturen zu veranlassen, indem sie ankündigen, entsprechende Bemühungen der Schuldner mit neuen Kapitalzuflüssen zu honorieren.

Die Kopplung von Wirtschaftsreformen und zusätzlichen Krediten ist das zentrale Element der vom amerikanischen Finanzminister Baker im Oktober 1985 vorgestellten Initiative. Im Rahmen des Baker-Plans soll die wirtschaftspolitische Anpassung der Schuldner von den Regierungen der Gläubigerstaaten auf zweierlei Weise unterstützt werden:

- Erstens ist vorgesehen, daß die westlichen Regierungen die in ihren Ländern ansässigen Gläubigerbanken drängen, neue Kredite an 15 ausgewählte Hauptschuldnerländer zu vergeben[18]. Im Zeitraum 1986 - 88 sollen auf diese Weise 20 Mrd. US-$ an (Netto-) Neukrediten aufgebracht werden[19].
- Zweitens sollen die öffentlichen multilateralen Finanzierungsinstitutionen ihr Kreditengagement in den Problemländern ausweiten. Eine zentrale

[17] Vgl. *Sachs* (1985), 548 ff.

[18] Es handelt sich um Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, die Elfenbeinküste, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, die Philippinen, Uruguay und Venezuela.

[19] Dies entspricht bei jährlich gleich hohen Beträgen von knapp 7 Mrd. US-$ einer Aufstockung der bereits aufgelaufenen Bankenforderungen an die 15 begünstigten Länder um etwa 2,5 vH pro Jahr.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rolle wird der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zugeschrieben, die ihre jährlichen Bruttoausleihungen von insgesamt 6 Mrd. US-$ in den Jahren 1986 - 88 auf jährlich 9 Mrd. US-$ ausdehnen sollen[20].

Die Ausweitung des finanziellen Engagements öffentlicher Kreditgeber und der staatliche Druck auf die westlichen Geschäftsbanken werden von den Befürwortern des Baker-Plans damit gerechtfertigt, daß Finanzierungslücken der Entwicklungsländer ohne staatliche Interventionen in den internationalen Kapitaltransfer nicht geschlossen werden könnten. Im folgenden wird dagegen thesenartig die Auffassung vertreten, daß der Baker-Plan die Rolle der Gläubigerstaaten bei der Überwindung von Verschuldungskrisen falsch definiert, weil auf kostenträchtige Weise an den Symptomen kuriert und der erforderliche Beitrag der Industrieländer zu einer wirksamen Ursachentherapie vernachlässigt wird[21].

Die weit verbreitete These vom Marktversagen im Kapitaltransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bezieht sich vor allem auf die westlichen Geschäftsbanken. Diese haben im Jahre 1982 von der bis dahin sehr expansiven Mittelvergabe auf eine äußerst restriktive Kreditpolitik umgeschaltet. Insbesondere kleinere Banken, die gegenüber den Hauptschuldnerländern weniger stark als die Großbanken exponiert waren, weigerten sich, sich an der Neukreditvergabe für Länder zu beteiligen, die mit hohen Ausfallrisiken behaftet sind. Für diese Institute existierten starke Anreize zu einem Trittbrettfahrerverhalten, wenn es darum ging, zusätzliche Lasten unter den Banken zu verteilen.

All dies rechtfertigt jedoch keine staatlichen Interventionen auf den privaten internationalen Kapitalmärkten. Es spricht eher für einen funktionsfähigen Markt als für ein Marktversagen, wenn überschuldete Kreditnehmer, die keine erfolgversprechenden Wirtschaftsreformen in Angriff nehmen und deshalb wenig Aussicht bieten, daß sich ihre Lage in absehbarer Zeit bessert, keine zusätzlichen Mittel von den Geschäftsbanken erhalten[22]. Ein Marktmangel läge nur bei einer undifferenzierten Verweigerung neuer Kredite vor, d.h., wenn die Banken nicht zwischen Problemschuldnern und

---

[20] Nach Abzug der in diesem Zeitraum fälligen Rückzahlungen würde sich die Forderungsposition dieser Institutionen bis Ende 1988 ebenfalls um 20 Mrd. US-$ erhöhen.

[21] Vgl. ausführlicher *Nunnenkamp* (1986a).

[22] Es ist höchst zweifelhaft, ob im Rahmen des Baker-Plans tatsächlich umfassende und konsistente Reformprogramme der Schuldnerländer eingeleitet werden. Es deutet einiges darauf hin, daß die angebliche Voraussetzung für Neukredite von Anfang an nicht ernst genug genommen wurde. So wurde zeitweise etwa Argentinien als einer der ersten Anwendungsfälle des Baker-Plans angesehen, obwohl die dort eingeschlagene Wirtschaftspolitik dies nicht rechtfertigt. Die galoppierende Inflation in Argentinien wird nicht von den Ursachen her bekämpft, sondern durch einen administrativ verhängten Preis- und Lohnstop lediglich aufgestaut; der Kapitalmarkt bleibt staatlich reglementiert und für eine ausreichend flexible Wechselkurspolitik wird nicht gesorgt.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weiterhin kreditwürdigen Ländern unterscheiden und auch die letztgenannte Gruppe von der Zufuhr von „fresh money" abgeschnitten wird. Dies ist bisher eindeutig nicht der Fall gewesen[23]. Was das Problem des Trittbrettfahrerverhaltens anbelangt, so gebietet es das Subsidiaritätsprinzip, daß der Staat sich zurückhält, wenn privatwirtschaftliche Aktivitäten gesamtwirtschaftlich effiziente Lösungen gewährleisten. Dies scheint durchaus möglich zu sein. Die Koordinierung der unterschiedlichen Interessen privater Kreditgeber kann zum Beispiel durch die sogenannten Steuerungsausschüsse der Banken oder durch das von den Banken gegründete Institute of International Finance erfolgen[24].

Der Druck der westlichen Regierungen auf die Gläubigerbanken zur vermehrten Kreditvergabe beschwört überdies erhebliche soziale Kosten herauf. Wenn die Banken dem Drängen nachgeben, wird es später kaum möglich sein, staatliche Hilfe und die Sozialisierung privater Verluste zu versagen, falls Banken wegen der unfreiwilligen Engagements in Schwierigkeiten geraten. Schon jetzt werden mehr öffentliche Kreditgarantien gefordert[25]. Damit werden schwerwiegende „moral hazard"-Probleme aufgeworfen, und die leichtfertige Kreditvergabe der siebziger Jahre droht sich zu wiederholen. Neue Verschuldungsprobleme werden auch dadurch heraufbeschworen, daß solche Schuldnerländer diskriminiert werden, die sich in der Vergangenheit erfolgreich bemüht haben, ihre Auslandsverbindlichkeiten termingerecht zu bedienen. Ihr Wille zur Selbsthilfe wird geschwächt, weil Ländern, die ihre Verschuldungsprobleme größtenteils selbst verursacht haben, eine bevorzugte Stellung im Hinblick auf Neukredite eingeräumt wird. Da die Bankaufsichtsbehörden vieler Industrieländer von den Geschäftsbanken fordern, das Verhältnis zwischen haftendem Eigenkapital und Kreditsumme zu erhöhen, ist es überdies wahrscheinlich, daß es zumindest teilweise auf Kosten der weiterhin kreditwürdigen Länder geht, wenn die Banken in den Baker-Plan einwilligen und den Schuldnern mit Zahlungsproblemen vermehrt Kredite gewähren.

Beträchtliche soziale Kosten dürfte auch das Bestreben der westlichen Regierungen verursachen, verstärkt öffentliche Entwicklungshilfekredite über die Weltbank und andere multilaterale Finanzierungsinstitutionen an die wichtigsten Schuldner mit Zahlungsproblemen zu vergeben. Auch in diesem Bereich ergäbe sich zumindest eine relative Diskriminierung der weiterhin kreditwürdigen Entwicklungsländer. Im Falle der Entwicklungshilfe kommt erschwerend hinzu, daß es sich bei den 15 bevorzugten Baker-Plan-Ländern überwiegend nicht um Staaten handelt, die traditionell sehr

---

[23] Vgl. hierzu *Nunnenkamp* (1986a), 8 ff.
[24] Vgl. auch de *Grauwe / Fratianni* (1984).
[25] Vgl. z.B. *Schulmann* (1985).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stark auf Kapitalimporte aus öffentlichen Quellen angewiesen sind[26]. Länder mit mittlerem oder sogar höherem Pro-Kopf-Einkommen zu begünstigen, hieße, das vorrangige Ziel von Entwicklungshilfe aufzugeben, nach dem verbilligte öffentliche Leistungen in wenig entwickelten Staaten der Dritten Welt Anstöße für wirtschaftlichen Fortschritt geben sollen. Insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer, etwa in Afrika, müssen deshalb befürchten, daß der Baker-Plan für sie die Schwierigkeiten verschärft, in ausreichendem Maße Kapitalzufuhren zu erhalten.

5. Die Rolle der Industrieländer im Rahmen einer Ursachentherapie

Die Initiative des amerikanischen Finanzministers Baker zielt darauf ab, die Rolle staatlicher Stellen in den Industrieländern bei der Lösung von Verschuldungsproblemen dort zu verstärken, wo es nicht sinnvoll ist. Staatliche Interventionen in den Kapitaltransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind wenig effizient, wenn es gilt, die internationale Kreditwürdigkeit der heutigen Problemländer dauerhaft wiederherzustellen, ohne neue Problemfälle heraufzubeschwören. Dagegen vernachlässigt der Baker-Plan völlig den Beitrag, den die Gläubigerstaaten im Rahmen einer wirksamen Ursachentherapie leisten müssen. Den Entwicklungsländern wird es leicht gemacht, tiefgreifende Wirtschaftsreformen im eigenen Bereich abzulehnen. Sie können darauf verweisen, daß von ihnen etwas verlangt wird, was die Industrieländer selbst nicht zu leisten in der Lage oder willens sind: die Stabilisierung und Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft. Die Erfolgsaussichten für wirtschaftspolitische Reformen der Schuldner könnten entscheidend verbessert werden, wenn die Industrieländer die Voraussetzungen für ein anhaltend hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum schaffen. Überdies würde ein Abbau staatlicher Budgetdefizite (insbesondere in den Vereinigten Staaten) nach verbreiteter Auffassung einen nachhaltigen Druck auf die internationalen Zinssätze ausüben. Eine Senkung der Dollar-Zinsen um einen Prozentpunkt würde die Schuldendienstbelastungen für Bankverbindlichkeiten der 15 Länder, die die Baker-Initiative einbezieht, rechnerisch um 2,5 Mrd. US-$ jährlich verringern[27]; dies entspräche mehr als 35 vH der Kreditsumme, die die Geschäftsbanken diesen Ländern laut Baker in den Jahren 1986 - 88 jeweils neu einräumen sollen.

Der wichtigste Beitrag, der von den Regierungen der Gläubigerstaaten zu fordern ist, besteht darin, den internationalen Handel von künstlichen Hemmnissen zu befreien und den weltweiten Strukturwandel nicht länger

[26] Die Liste der 15 Länder umfaßt beispielsweise nur drei afrikanische Staaten (Elfenbeinküste, Marokko, Nigeria), die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zudem schon relativ fortgeschritten sind.

[27] AMEX (1985), 7.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu behindern. Nur bei einer Handelsliberalisierung können die hochverschuldeten Entwicklungsländer ihre komparativen Produktionsvorteile nutzen und ausreichende Devisen verdienen, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anpassungsstrategien der Schuldner wären erheblich leichter durchzusetzen, wenn die Gläubiger ohne weitere Verzögerungen bindende Verpflichtungen eingehen, Importrestriktionen abzubauen sowie die Subventionierung nicht mehr wettbewerbsfähiger Industriezweige zu stoppen, und die Versprechungen dann auch eingehalten werden. Es ist ein schwerwiegender Mangel der Baker-Initiative, daß die dringend erforderliche Deregulierung und Liberalisierung in den Industrieländern kein Programmbestandteil ist.

6. Zusammenfassung

Die Rollenverteilung zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten im Rahmen einer erfolgversprechenden umfassenden Strategie, um bestehende Verschuldungsprobleme zu überwinden und neue Krisen zu verhindern, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Um ihre internationale Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen, müssen die Entwicklungsländer mit schwerwiegenden Verschuldungsproblemen ohne weitere Verzögerung eine konsistente und Vertrauen schaffende Wirtschaftsreform in Kraft setzen. Besonders wichtig ist es, Diskriminierungen weltmarktorientierter Aktivitäten gegenüber rein binnenmarktorientierten Produktionen abzubauen, Überbewertungen der heimischen Währung durch eine flexiblere Wechselkurspolitik zu vermeiden, ausländische Direktinvestitionen zu ermutigen, Inflationsmentalitäten zu brechen, administrativ verursachte Verzerrungen der relativen Faktor- und Güterpreise zu korrigieren, die Funktionsfähigkeit der heimischen Kapitalmärkte durch finanzielle Liberalisierung zu verbessern und unproduktive Staatsaktivitäten zurückzuschneiden.
- Die zentrale Aufgabe der Gläubigerstaaten besteht darin, die Erfolgsbedingungen von Wirtschaftsreformen in den Schuldnerländern zu verbessern. Vorrangig sind verbindliche Schritte zu einem Abbau des Protektionismus zu unternehmen, um die Transferprobleme der Entwicklungsländer zu entschärfen.

Wenn Gläubiger- und Schuldnerländer wirksame Anpassungsmaßnahmen ergreifen, besteht begründete Aussicht, daß auch die westlichen Geschäftsbanken ihre Rolle bei der Lösung von Verschuldungsproblemen spielen. Sie müssen solchen Ländern, für die gute Chancen einer mittelfristigen Besserung der wirtschaftlichen Lage existieren, zusätzliche Kredite einräumen, damit schwierige Überbrückungsphasen überwunden werden können. Dies muß auf eigenes Risiko der Banken geschehen, um die aus

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer Sozialisierung privatwirtschaftlicher Risiken resultierenden „moral hazard"-Probleme zu vermeiden.

Ohne Zweifel wird es für die privaten Banken in näherer Zukunft schwierig bleiben zu entscheiden, wo eine weitere Kreditvergabe sinnvoll ist und wo nicht. Die Geschäftsbanken sind aber durchaus in der Lage, gute von schlechten Risiken zu unterscheiden. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre findet sich kaum Evidenz für eine undifferenzierte Einschränkung der privaten Kreditvergabe an Problemschuldner und weiterhin zahlungsfähige Entwicklungsländer. Es deutet zudem einiges darauf hin, daß ausländische Kreditgeber im Falle konsistenter und erfolgversprechender Wirtschaftsreformen bereit sind, neue Mittel zu gewähren, obwohl die Erfahrungen, wie schnell Banken auf einen Politikwechsel der Schuldner reagieren, zugegebenermaßen sehr begrenzt sind. Ein Beispiel bietet die Türkei[28]. Dieses Land, das 1979 praktisch bankrott war, setzte 1980 ein Wirtschaftsprogramm in Kraft, das schon bald positive Wirkungen – etwa hinsichtlich des gesamtwirtschaftlichen Wachstums – zeigte und dazu beitrug, die internationale Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen.

Zusammenfassung

Die Analyse wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen in hochverschuldeten Ländern der Dritten Welt zeigt, daß die internationale Kreditwürdigkeit nur dann wiedergewonnen werden kann, wenn die Regierungen der Schuldnerländer umfassende und konsistente Wirtschaftsreformen in Kraft setzen, statt lediglich einen kurzfristigen Zahlungsbilanzausgleich anzustreben. Reformprogramme müssen alle wesentlichen Politikbereiche – wie die Außenhandels-, Wechselkurs-, Geld- und Fiskalpolitik – einbeziehen und administrativ verursachte Verzerrungen der relativen Faktor- und Güterpreise abbauen. Die Regierungen der Gläubigerstaaten müssen die Transferprobleme der Schuldnerländer durch eine tiefgreifende Importliberalisierung entschärfen, statt auf eine staatliche Lenkung des internationalen Kapitaltransfers zu setzen. Verstärkte staatliche Interventionen in die Kreditvergabe an Entwicklungsländer werfen schwerwiegende „moral hazard"-Probleme auf und könnten neuen Verschuldungskrisen Vorschub leisten.

Summary

In order to regain their international credit-worthiness, the governments of Third World debtor countries must implement far-reaching and coherent policy reforms rather than merely aiming at short-term balance of payments adjustment. This is the major result from an analysis of misconceived economic policies in highly indebted developing countries. Adjustment programs must focus on all major areas of economic policy, i.e. trade, exchange rate, monetary and fiscal policies, as well as reduce policy induced distortions in relative prices in factor and product markets. The governments of creditor countries must help to overcome the transfer problems of debtor countries

[28] Vgl. *Gönensay* (1984); *Balassa* (1985).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

by significantly liberalizing restrictive import policies, rather than relying on more government interventions into the international transfer of capital. A publicly enforced provision of fresh money to developing countries would cause severe moral hazard problems and could give rise to a new round of debt crises.

Literatur

American Express Bank (AMEX) (1985), LDC Debt: Into a New Phase. The AMEX Bank Review 12, Nr. 10, 5 - 7.

Balassa, B. (1984), Adjustment Policies in Developing Countries: A Reassessment. World Development 12, 955 - 972.

— (1986), Developing Country Debt: Policies and Prospects, in: H. Giersch (Hrsg.), The International Debt Problem – Lessons for the Future. Symposium 1985. Tübingen.

Blessing, W. (1985), Die Rolle der privaten Geschäftsbanken. Referat gehalten beim Malenter Symposium V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11. - 13. November 1985, (unveröff. Manuskript).

Cline, W. R. (1985), International Debt: From Crisis to Recovery? The American Economic Review, Papers and Proceedings 75, 185 - 190.

Fischer, B. / *Hiemenz*, U. / *Trapp*, P. (1984), Economic Crisis in Argentina and No Way Out? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere 210, Kiel.

Gönensay, E. (1985), Country Experience with Restructuring Incentives: The Case of Turkey, in: B. Balassa / H. Giersch (Hrsg.), Economic Incentives. Symposium 1984. London.

Grauwe, P. de / *Fratianni*, M. (1984), The Political Economy of International Lending. The Cato Journal 4, 147 - 170.

Gutowski, A. (1986), A New Round of Rescheduling? Intereconomics 21, 59 - 68.

Hiemenz, U. (1985), Strategien zur Vermeidung neuer Verschuldungskrisen: Anpassungsmaßnahmen der Schuldnerländer. Referat gehalten beim Malenter Symposium V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11. - 13. November 1985, (unveröff. Manuskript).

Inter-American Development Bank (1985), Economic and Social Progress in Latin America. Report. Washington.

Nunnenkamp, P. (1985 a), Die Entstehung und Bewältigung von Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern. Die Weltwirtschaft 2, 183 - 198.

— (1985 b), Krisenanpassung in Ostasien und Lateinamerika, in: Jahrbuch Dritte Welt. München.

— (1986 a), Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer? Eine kritische Analyse des Baker-Plans. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 117, Kiel.

— (1986 b), The International Debt Crisis of the Third World: Causes and Consequences for the World Economy. Brighton.

Sachs, J.D. (1985), External Debt and Macroeconomic Performance in Latin America and East Asia. Brookings Papers on Economic Activity 2, 523 - 564.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schulmann, H. (1985), Aufgaben des Internationalen Währungsfonds und multilateraler Entwicklungshilfe-Organisationen. Eine vorläufige Analyse des Baker-Plans. Referat gehalten beim Malenter Symposium V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11. - 13. November 1985, (unveröff. Manuskript).

Sepúlveda, C. (1985), Mexico and the International Debt Crisis. Referat gehalten beim Malenter Symposion V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11. - 13. November 1985 (unveröff. Manuskript).

Sjaastad, L. A. (1983), Failure of Economic Liberalism in the Cone of Latin America. The World Economy 6, 5 - 26.

Tietmeyer, H. (1985), Strategien zur Vermeidung neuer Verschuldungskrisen: Forderungen an die Industrieländer. Referat gehalten beim Malenter Symposion V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11. - 13. November 1985 (unveröff. Manuskript).

World Bank (1985), World Development Report. Washington.

Zaidi, I. M. (1985), Saving, Investment, Fiscal Deficits, and the External Indebtedness of Developing Countries. World Development 13, 573 - 588.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.107.2.225 | Generated on 2025-07-25 17:27:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/